

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel.: 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Rück- und Ausblick von 2017 auf 2018

Die besorgniserregende Weltlage, die vielen barbarischen Terrorakte, die unregelmäßige Völkerwanderung speziell nach Deutschland und die Missachtung von Demokratie und Rechtsstaat an vielen Stellen der Erde haben auch 2017 alles überlagert und in den Hintergrund gedrängt.

2017: Weltweites Durcheinander wohin man schaut, und Mülheim richtig im Abwärtsgang?

Unter welcher Überschrift wird das vergangene Jahr 2017 in die Annalen eingehen? Die Auswahl ist groß: Staatsversagen, Kontrollverzicht, Populismus, Dschihadismus, Autoritarismus? Oder doch Glyphosat, Jamaika-Aus oder KoKo statt GroKo? Vielleicht aber auch der höchst problematische Trend der organisierten Denk-Abwehr der politischen Elite in Deutschland: Das sog. Netzwerkdurchsetzungsgesetz, mit dem bei Androhung hoher Strafen die Internet-Dienste gezwungen werden, für den Staat Zensur auszuüben. Bei Facebook und Twitter wird mittlerweile nach undurchsichtigen Prinzipien, auf Verdacht und auf Antrag gelöscht, während etwa Judenhass sich auch in Deutschland ausbreitet und tummelt, als gäbe es ein Anrecht auf Antisemitismus. Während es an vielen Ecken der Welt lichterloh brennt, wird im beschaulichen Mülheim der Anschein hochgehalten, als sei die Welt vor Ort irgendwie in Ordnung und die Probleme lösbar, indem man einfach weiter macht wie gehabt, hofft, dass die WAZ-Medien das auch so verbreiten und versucht, nachdenkliche Stimmen wie die MBI zu ignorieren und wenn nicht möglich, zu marginalisieren oder zu verstümmeln.

Dabei war 2017 für Mülheim ein Jahr der Hiobsbotschaften

Die Tengelmann-Kaiser`s-Zentrale in Mülheim aufgelöst, Brenntag nun in Essen, Siemens droht bis zu 700 Arbeitsplätze zu streichen, der Rennverein Raffelberg hat Konkurs angemeldet usw. Kein Mülheimer mehr in der NRW-Regierung und das, wo entgegen aller Bundes- und Landestrends vor Ort Arbeitslosigkeit und Armut deutlich zunahmen...

Da sich das bisher im Ruhrgebietsvergleich viel besser gestellte Mülheim nun auf Talfahrt befindet, wirken sich die kommunalen Fehlentwicklungen als Mischung zwischen Dilettantismus und Größenwahn umso gravierender aus. Dass Bonan ohne Fachkenntnisse zum



ÖPNV-Chef der gemeinsamen Ruhrbahn mit Essen hochgehievt wurde bei Verdreifachung des Gehalts, war ein kapitaler Fehler. Dass mit Mendack dann auch noch ein weiterer Nicht-Fachmann Kämmerer-Nachfolger wurde, alles ohne Auswahlverfahren, ist genauso unverzeihlich. **Dabei sind bereits einige Mülheimer Spitzenpositionen aufgrund der jahrelangen Filz-, Vettern- und Cousinenwirtschaft in 12 Jahren Mühlentfeld ausgesprochen unprofessionell besetzt. In 2017 zeigte sich das in fataler Weise vor allem bei den Leitungen von Immobilienservice (IS) und der Volkshochschule. Der IS hat sich weitgehend verselbständigt zu einem Amt mit immer neuen Fehlprognosen, Gutachterorgien und kaum mehr nachvollziehbarer Ineffizienz und gehöriger Geldverschwendung.** Nach Wennmannbad, Realschule Broich, diversen Turnhallen und anderen Gebäuden schadete der IS dem Gemeinwohl beträchtlich durch den 3. Anlauf, die inzwischen sogar denkmalgeschützte VHS vom attraktiven MüGa-Grundstück zu verbannen.

Die begonnene VHS-Zerstörung ist eine böse Geschichte mit schwerwiegenden Folgen:

Integration und Weiterbildung in Zeiten von Massenzuwanderung und Digitalisierung haben durch diesen Willkürakt schwerwiegende Rückschläge erlitten, ebenso die Glaubwürdigkeit von Verwaltung, Lokalpolitik und WAZ-Medien.

Das Seiteneinsteiger-Problem, die Gustav-Heinemann-GS und die Ratlosigkeit einer blauäugigen Einwanderungspolitik

Am 5. Mai war Bildungsausschuss der Stadt Mülheim, in dem der Hilferuf der Elternvertreter der Gustav-Heinemann-Gesamtschule (GHS) wegen der bedrohlichen Überforderung durch viel zu viele Seiteneinsteiger (SE) behandelt werden musste, den Verwaltung und alle außer MBI und Linken im Hauptausschuss Ende März nicht zulassen wollten, aber irgendwie doch mussten. Die Stellungnahme der Verwaltung war eine Zumutung bei dem Versuch, irgendwie nicht reale heile Welt zu beschreiben, wo Mülheim sich doch als Muster- und Pionierstadt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise versteht und vermarktet!



Die Gustav-Heinemann-Schule ist die größte und beliebteste Mülheimer Schule! Lassen wir die nicht unerheblichen Disziplin-, Kommunikations- und kulturellen Probleme mit SE-Schülern aus vieler Herren Länder gleichzeitig gänzlich außer acht, so hatte die bisher hervorragend funktionierende GHS-Gesamtschule ein nicht mehr lösbares quantitatives Problem in gleich dreifacher Hinsicht:

- 1.) Im Bildungsausschuss im März wurde die Zuweisung weiterer Seiteneinsteiger-Schüler noch im lfd. Schuljahr mit der Eröffnung einer 7. Extra-Klasse (!) nur für neu zugewanderte Schulpflichtige an der GHS verkündet. Das drohte die mit der SE-Problematik bereits überlastete Schule in ihrer gesamten Funktionsfähigkeit zu gefährden. Aufgrund der ausführlich begründeten dringlichen Eingabe der Elternvertreter nahm die Verwaltung im Hauptausschuss dann deutlich Abstand von ihren Plänen, auch wenn die Eltern selbst auf wenig demokratische Weise ihre Hilferufe nicht selbst darlegen durften.
- 2.) Die GHS erklärte sich Anfang 2016 bereit, der Stadt in der Notlage der Flüchtlingswelle zu helfen und SE-Schüler von höchstens 6 Klassen, d.h. max. 108 SE-Schüler, aufzunehmen und zu integrieren. Bedingung für die Übernahme dieser Mammutaufgabe war, dass die Schule keinesfalls achtzünftig werden dürfe! Weil die SE-Schüler nach spätestens 2 Jahren aus den Extraklassen auf die Regelklassen verteilt werden, besteht das große Problem, dass neben den 6 SE-Extraklassen, die bisherigen SE-Schüler größtenteils auf die bisher 7-zügigen Regelklassen der GHS verteilt werden könnten. Dann würde die Gesamtschülerzahl auf ca. 2000 anwachsen und eine 8-Zügigkeit wäre unvermeidlich, es sei denn, man nähme pädagogisch unverantwortliche Riesen-Klassenstärken in Kauf. In dem Bericht der Verwaltung wurde auch jegliche Lösung der höchst problematischen Überschreitung der Schüलगrenzen an der GHS (Sicherheitsbestimmungen in Fachräumen, fehlender Platz für den Ganzttag usw.) einfach ausgeklammert, obwohl in der Elterneingabe eindringlich und dezidiert angesprochen!
- 3.) Die GHS hat seit vielen Jahren riesige Anmeldezahlen und muss stets ca. ein Drittel ablehnen, was mitunter auch zu Gerichtsverfahren führte wie Ende 2016 medienwirksam geschehen. Da für das Schuljahr 17/18 mehr als eine gesamte Klassenstärke des 5. Jahrgangs aus Zuweisungen durch die Schulbehörde bestand - neben Inklusionskindern hauptsächlich SE-Schüler - erhöhte sich die Zahl der Abweisungen um weitere ca. 30. Das schränkt die Handlungsfähigkeit der Schule deutlich ein und erhöht die Unzufriedenheit vieler Eltern im gesamten Stadtgebiet. Logischerweise kann dadurch auch das bewährte gute pädagogische Konzept der GHS-Schule in Mitleidenschaft gezogen werden.

Fazit: Mit der bisherigen Herangehensweise sind die SE-Probleme insgesamt kaum noch zu lösen, ohne betroffene oder wie im Falle der GHS stark betroffene Schulen in ihrer bisherigen Funktionsfähigkeit deutlich zu beeinträchtigen oder gar nachhaltig zu schädigen. Viel zu lange wurde auch in Mülheim nach dem Merkel-Motto „Wir schaffen das“ versucht, absehbare Folgeprobleme zu leugnen und zu überspielen. Die MBI hatten bereits im Herbst 2016 versucht, mit Anträgen und Anfragen für die Problemlage zu sensibilisieren, waren aber ziemlich rüde abgekanzelt worden. Es ist überfällig, ideologiefreier und pragmatischer auch mit der SE-Problematik umzugehen.

Die Zuteilung der SE-Schüler nach 2 Jahren Einstiegsphase müsste z.B. dringend überdacht und anders organisiert werden. Dabei sollte auch ermöglicht werden, dass Schüler, die noch nicht wirklich „reif“ für Regelunterricht sind, eine Verlängerung in SE-Klassen bekommen.

Die GHS ist kein Einzelfall, traute sich aber Alarm zu schlagen. An vielen Schulen auch in Mülheim knirscht es gewaltig. Das Schulchaos war deshalb mit ein Hauptgrund, dass Rot-Grün in NRW abgewählt wurde!

Mülheim nun ohne Sonderbehandlung aus Düsseldorf?

Beim SPD-Neujahrsempfang Mitte Jan. 2017 forderte OB Scholten noch "mutbesetztes Handeln als Antwort auf bettnässerische Kleinerzigkeit" und Ministerpräsidentin Kraft wollte absolut keine Vergleichbarkeit des



Ruhrgebiets mit den USA-rustbelts erkennen. Kurz später begann der herbeigeredete Schulz-Hype der Bundes- und Landes-SPD. Im Februar schien Frau Kraft unschlagbar wiedergewählt zu werden, ob mit Rot-Grün oder Rot-Schwarz schien Nebensache. Im Mai kam dann alles völlig anders, so dass auf dem Bild in einer Januar-WAZ mit Kraft, Mühlensfeld und Wiechering 3 nun SPD-Exen zu sehen sind, da auch Wiechering mit seinen 74 Jahren als Fraktionschef

abtrat. Sicherlich wichtiger aber ist folgende Frage:

Was kommt auf Mülheim zu, wenn weder eine Ministerpräsidentin, noch andere Mölmsche Jungs oder Mädels an führenden Stellen in Düsseldorf sind?

Da ist an allererster Stelle "natürlich" der Katastrophenhaushalt 2017, von SPD, Grünen, Tuncer und 1 Linken gegen Sinn und Verstand beschlossen. Der RP hatte „pünktlich“ vor der Landtagswahl seine Zustimmung verkündet, dass Mülheim in den Stärkungspakt kommt, ohne aber den Haushalt 2017 genehmigt zu haben. Ein Unding, das Frau Kraft vielleicht noch das Landtagsmandat in ihrer Heimatstadt einbrachte, mehr aber nicht. Schwarz-Gelb tauschte die grüne RP Lüttkes gegen Frau Radermacher (CDU), davor Polizeipräsidentin in Wuppertal. Den davor übermäßig laxen Umgang der Aufsichtsbehörde mit den völlig unseriösen Mülheimer Haushaltsbeschlüssen kann die neue Landesregierung auf Dauer nicht weiter zulassen, denn Mülheim ist als einzige Großstadt weit und breit auch bilanziell bereits mit über 500 Mio. Euro (!) überschuldet.

Auch deshalb führten Verwaltung und Rat bis Jahresende ein würdeloses, beschämendes Spektakel auf. **Um 160 Mio. auf 5 Jahre verteilt als Stärkungsmittel des Landes zu bekommen, musste Mülheim bis Ende Nov. genehmigungsfähige Haushalte für**

2017 (nachträglich) und für 2018 vorlegen. Der im Dez. 16 mit Minimehrheit beschlossene Etat für 2017 musste erst nachträglich mit ca. 5 Mio. Einsparungen „geheilt“ werden, die mit beschlossen wurden, ohne sie zu kennen. Das sollte über die 115 GPA-Sparvorschläge nachgeholt werden, die im Feb. kamen. Doch außer den MBI wollte sich bis Spätsommer keine andere Ratsfraktion damit befassen. Der Rat war im Okt. dann trotz 12-stündiger Sitzung außerstande, solches zu beschließen. So wurde alles auf den 7. Dez. verschoben. Kurz davor einigte sich eine Kenia-Koalition (SPD, CDU, Grüne) auf eine Liste, die aber in mindestens 2 Punkten unbrauchbar ist. Zum einen soll der Haushalt durch überhöhte Abwassergebühren saniert werden, was nicht zulässig ist. Zum zweiten soll der Kahlenbergast der StraBa-Linie 104 stillgelegt werden, was Rückzahlung von Fördergeldern in zweistelliger Millionenhöhe bedeuten würde. Letzteres bestätigte die neue RP in bereits Tage später unmissverständlich. Um sich die Arbeit eines Sparkommissars zu ersparen, genehmigte die Finanzaufsicht kurz vor Weihnachten den Etat 2017, allerdings mit deutlichen Warnungen. **Peinlich, peinlich!**



**Metropole Ruhr
beim ÖPNV voll aus der Spur?**

Verkehrsgesellschaften

Berlin: 79 km
Ruhrgebiet: 95 km

vereinigen!
Mülheimer Bürgerinitiativen

Preisvergleich 3,40 € vs 15 €

MBI

Von A.P. Mülheimer Bürgerinitiativen, Köln/Leipzig 1. 01/2016

Das ÖPNV-Desaster im im Ruhrgebiet

Als zweites großes Problem wird sich die neue Landesregierung der ÖPNV-Frage im Ruhrgebiet widmen müssen, ob sie will oder nicht. Auch das ist ein wesentlicher Standortnachteil für das Ruhrgebiet. Der Sanierungsstau ist gigantisch, der in 28 Gesellschaften zerstückelte Nahverkehr des Ruhrgebiets ist sehr teuer und recht ineffektiv. Die Fusion der Kirchturmsgesellschaften ist notwendige Voraussetzung für einen besseren und billigeren ÖPNV. Dieser lange überfällige Prozess kann aber nur funktionieren, wenn das Land die Teilstädte dazu

zwingt, was SPD-Regierungen aus Rücksicht auf ihre Leute in den Einzelstädten nicht wollten oder konnten! Auch zu diesem virulenten Problem darf man gespannt sein, ob CDU/FDP Mut genug haben werden!

Mülheim 2018: Augen zu und schnurstracks tiefer in die Sackgasse?!

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Eine Innenstadtkrise, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu ein perspektivloses ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe, nicht zuletzt auch durch die viel zu engen Bindungen an das trudelnde RWE, weitaus größer als bei allen anderen RWE-Städten. Doch bisher wollten die



Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts abbringen lassen von ihrem Kurs immer tiefer in die Sackgasse. Dafür dann Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. Zwar versuchen Politik und WAZ-Konzern vorzugaukeln, dass „Weitermachen wie gehabt“ noch funktionieren könne. Doch das wird aus vielerlei Gründen auch mit noch mehr Landeshilfen nicht mehr lange gut gehen! Im folgenden einige Schwerpunkte

dessen, was überfällig ist und seit längerem von den MBI immer wieder angemahnt wurde und wird.

- ◆ **Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft wie zuletzt erneut um den Kahlenbergast der 104 oder um den Nachtexpress NE 9 nach Duisburg muss beendet werden! Ministerium und RP müssen die Federführung übernehmen und die Ruhrstädte zur Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen, zuerst im westlichen Ruhrgebiet (DU, MH, E und OB!). Der miserable Start selbst der Fusion von MVG mit EVAG als richtigem kleinen Schritt macht erneut deutlich, dass die Kirchtürme von sich aus vorrangig an Pöstchen u.ä. denken.**

Der gesamte unausgelegene Nahverkehrsplan muss dringend völlig überarbeitet und korrigiert werden, und zwar als gemeinsamer NVP aus einem Guss mit Essen, Duisburg und Oberhausen. Der 15-Minutentakt der Mülheimer Bahnen wird nicht dauerhaft haltbar sein, die 901 muss zur Hochschule mindestens stundenweise auf 10-Minutentakt gehen, diverse geänderte Buslinien sind Murks und bedürfen der Verbesserung (128, 130, 134, 753 inkl. Wiedereinführung der Linie 132)

- ◆ Die extreme RWE-Abhängigkeit muss verringert werden, soweit noch möglich, nachdem mit dem medl-Vertrag auch noch der RWE-Anteil am SWB und die Stromkonzession auf viele weitere Jahre verlängert wurden! Die RWE-Aktien müssen möglichst schnell verkauft werden, auch weil die ungewisse Zukunft der neuen RWE-Tochter Innogy noch größere Risiken für die RWE-Städte bedeutet, siehe EON-Tochter Uniper. Aber auch in anderen Sektoren wie RWW, medl, SWB, Stromnetz, Straßenbeleuchtung, Sportsponsoring usw. muss Mülheim unabhängiger vom RWE werden.
- ◆ **Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden! Es sind nicht nur die üppigen Gehälter in den städtischen Beteiligungen, der Fall Rinas hat auch einen unvorstellbaren Sumpf in diversen Korruptionsnetzwerken offenbart. Der ImmoService als kostenintensivste städtische Abteilung muss auf gänzlich andere Füße gestellt werden!**
- ◆ Bei Immobilienspekulanten herrscht Goldgräberstimmung insbesondere für meist Luxuswohnungen in den grünen oder den Außenbereichen, selbst bei bereits mehrfach gescheiterten Bauprojekten wie zwischen Tinkrath-, Velauerstr. und Diepenbeck. Die Stadt muss der momentanen Bauwut einen Riegel vorschieben und sich aktiv bemühen, den Bau von Sozialwohnungen in Baulücken und Innenbereichen zu forcieren.
- ◆ **Die gesamte Schulpolitik muss auf den Prüfstand, um bei der rasant gestiegenen Kinder- und Schülerzahl und der drohenden Überforderung der Bildungseinrichtungen durch Inklusion und die Masse an Seiteneinsteigern aus der Zuwanderung nicht in weitere Abwärtsstrudel zu geraten. Eine Neuauflage der Schulentwicklungsplanung ist akut und überfällig!**
- ◆ Die VHS muss möglichst bald wieder im Gebäude am MüGa-Rand stattfinden, die lange verschleppte Brandschutzsanierung kann nach und nach bei laufendem Betrieb durchgeführt werden.

Insbesondere der letzte Punkt ist in vielerlei Hinsicht von ganz entscheidender Bedeutung, ob nämlich die Stadt Mülheim den ohnehin schwierigen Prozess der Integration zugewanderter Menschen überhaupt noch steuern können will oder ob ihr der Grundstücksverkauf des VHS-Geländes mehr wert ist als die Bemühungen, die Gesellschaft nicht noch mehr auseinander driften zu lassen.



Einlegeblatt

Die Sicherheitsfrage hat bei den Wahlen 2017 in NRW und im Bund eine zentrale Rolle gespielt. Die Folgen einer romantisierenden, weltfremden Einwanderungspolitik werden uns alle noch länger in Atem halten.

Der Mord von Kandel, das Mediengefasel und die Ignoranz gegenüber verschiedenen Kulturen und dem youth buldge

Die ARD hat tagelang gezauert, ob zu der bösen Geschichte mit dem Mord an einem 15-jährigen Mädchen durch einen afghanischen Flüchtling, der trotz intensiver Betreuung nicht akzeptieren wollte, dass das Mädchen ihre Beziehung zu ihm nicht mehr wollte, überhaupt eine Meldung gesendet werden solle. Auch die Berichte in der WAZ und anderen sog. Leitmedien dazu haben Kopfzerbrechen bereitet. Dieses fast immer gleiche Geschreibsel trotz der Kölner Sylvesternacht, trotz diversen bösen Selbstmordattentaten überall in der EU, trotz einiger ähnlicher Fälle u.v.m. macht Angst, besonders wenn man weder islamophob, noch rassistisch oder ausländerfeindlich oder was auch immer ist.

Der Mord im pfälzischen Provinznest Kandel kommt als solcher nicht überraschend und reiht sich ein in eine Serie von Gewalttaten, die nach der unkontrollierten Massenzuwanderung der letzten Jahre gehäuft auftreten mussten. Es ist nicht gerade neu, dass Angehörige diverser anderer Kulturen ein völlig anderes Frauenbild und einen



gänzlich anderen Ehrenkodex haben als dies das deutsche oder auch das EU-Verfassungsrecht vorschreibt. Weiterhin ist bekannt, dass nicht wenige Immigranten die Rechtsnormen aus ihrem Kulturkreis über die des deutschen Rechtsstaates stellen. Wenn z.B. schwarzafrikanische oder karibische Frauen mit Voodoo-Zauber für die Zwangsprostitution in deutschen Städten gefügig gemacht werden, wenn bestimmte Clans aus Südosteuropa oder dem Libanon nach gänzlich anderen Regeln hier agieren, als unsere Gesetze dies vorsehen, wenn islamische Familien hierzulande selbst vor Fememorden an ihren Töchtern oder Frauen nicht zurückschrecken, falls diese die Käfige bzw. Gefängnisse ihrer Kultur verlassen wollen, wenn kleine Mädchen auch hier zwangsverheiratet werden, wenn, wenn ... hat der deutsche Staat über Jahre meist weggeschaut, ignoriert und vor allem haben realitätsblinde Ideologen immer wieder versucht, alles zu relativieren und zu bagatellisieren, um irgendeinen Wahn von wirklichkeitsfremden "Vielfalt statt Einfalt" oder "Offenheit statt Abgrenzung" oder hypernaiver "Anti-Diskriminierung" nicht zu gefährden. Eine zahlenmäßig eher überschaubare Elite in Politik, Kultur und Medien bestimmt zwar weite Teile der veröffentlichten Meinung, glänzt aber ansonsten eher durch beispiellose "Einfalt in der Vielfalt", indem sie wesentliche Probleme einer Multi-Kulti-Gesellschaft einfach ignoriert oder tabuisiert. Geleugnet werden z.B. die verschiedenen Moral- und Sittenkodexe verschiedener Kulturen, was im Übrigen eine andere und viel perfidere Form von Rassismus oder Diskriminierung ist und sowohl viele der Zugewanderten genauso vor unlösbare Probleme stellt wie den Rechtsstaat oder das bestehende Sozial- und Bildungswesen.

Es rächt sich, dass zum einen über Jahre interkulturelle Binsenweisheiten hierzulande einfach für nicht existent erklärt wurden, wie z.B. dass nicht jedes Wort, jede Mimik, Gestik oder Handlung gleich verstanden oder interpretiert werden, egal zu welchem Sprach- oder Kulturkreis jemand gehört. Genauso rächt sich, dass die Problematik mit den überschüssigen jungen Männern (sog. youth buldge) aus Arabien, Afrika usw. ein erhöhtes Gewaltpotenzial mit sich bringt und das um so mehr, wenn diese in eine fremde Kultur mit eigentlich anderen Regeln eingewandert sind. Die Hilflosigkeit unserer Polizei und noch mehr der Gerichte und Knäste ist beängstigend, weil diese Regeln anwenden müssen, die für ganz andere Fälle gemacht wurden und auch von den jungen Männern mit ganz anderen Vorerfahrungen oft völlig anders verstanden werden, nämlich als Schwäche. Da kommt noch einiges auf uns zu. Wer auf diese Probleme auch nur hinweist, wird gleich in die rechte bis ganz rechte Ecke geschoben.

Aber wie es auch bei dem neuesten Fall scheint, wollen unsere herrschende Elite und ihre Propagandisten immer noch nicht umdenken oder Realitäten überhaupt zur Kenntnis nehmen.

b.w.

Litaneimäßig werden die gleichen Floskeln herunter gebetet wie seit Jahren wie z.B. "kein Generalverdacht", "Aufklärung" des Einzelfalls (Amri läßt grüßen), die Feststellung des Alters dieses sog. "unbegleiteten" jugendlichen Afghanen muss nach fast 2 Jahren hier(!) endlich nachgeholt werden, die Traumatisierung des armen Kerls muss intensiv untersucht werden uswuf.

Mit all dem kommt man wieder einmal nicht weiter, wie sich zeigen wird. "Natürlich" schadet der Fall den Anstrengungen von Grünen, SPD-Kreisen und Kirchen, ja keine Afghanen, egal ob kriminell oder illegal, mehr abzuschieben Der Fall wird möglicherweise sogar als Argument benutzt für verstärkte Familienzusammenführung, egal wie ungeklärt ist, was mit Familie aus Ländern wie Afghanistan überhaupt gemeint sein soll.

Und so wird Ausländerfeindlichkeit und das weitere Abschotten der hier Geborenen, von Meinungsmachern verächtlich als Biondeutsche bezeichnet, gegenüber fast allen Zugewanderten erst recht gefördert, indem krampfhaft versucht wird, alles zu relativieren und zu psychologisieren, bis als Schuldige nur noch überforderte deutsche Behörden, Betreuer oder zuletzt die Opfer bleiben.

Dabei könnte und müsste man anders herangehen. Gerade bei vielen Afghanen ist es bekanntlich nicht unüblich, dass sie "ihre" Frauen als Eigentum betrachten, die in Lebensgefahr schweben, wenn das Mädchen oder die Frau sich vom Eigentümer lossagen will. Da hilft auch das Gesülze deutscher Betreuer und Sozialarbeiter mitunter nichts, weil der Stolz und das Ego sich genau darüber definiert. Niemand macht ihnen hier im ach so toleranten Deutschland klar und unmissverständlich deutlich, dass diese Attitüde in Deutschland eben überhaupt nicht geht und dass sie ohne großes Fackeln sofort abgeschoben würden, falls sie auch nur im Verdacht stünden, Verhaltensweisen z.B. in Bezug auf Frauen aus Afghanistan hier an den Tag legen zu wollen. Nur das würden viele von ihnen auch nicht falsch verstehen. Solange aber hier der Irrglaube vorherrscht, man könne mit Sozialtherapie alle, auch aus dem Islam, zu europäischen Standards erziehen, wird ein bestimmter Prozentsatz sich darüber eher nur totlachen. Ganz schlimm wird das für die Opfer und ihre Familien wie bei dem naiven Mädels aus Kandel, für das es dann kein Entrinnen mehr gab, auch weil Polizei und Strafbehörden trotz der Anzeige nichts wirklich hätten machen können. Dafür müssen sie nun, genau wie das MAMF wieder einmal nachträglich als Prügelknaben erhalten.

Und so wird dann der nächste ähnliche Fall so sicher wie das Amen in der Kirche demnächst wieder passieren und die ARD wird wieder lange Konferenzen machen, ob sie das nicht besser verschweigen sollte. Nach dem Betroffenheitsgedusel und der abgelutschten Warnung vor der Hetzern von der AfD wird man schließlich nach wenigen Tagen erleichtert zur Tagesordnung übergehen und den "mutigen" Kampf des MeToo-hashtags gegen sexuelle Übergriffe in USA, GB, Schweden oder hier loben, womit dann der eine oder andere Übergreifer z.T. nach Jahrzehnten endlich abgesägt werden kann.

Irgendwann wird man noch einmal berichten, dass auch in dem Fall aus Kandel schweres Behördenversagen vorlag und dass nun demnächst mehr "unbegleitete Jugendliche" auch in Deutschland auf ihr wahres Alter hin untersucht würden, wogegen dann eine Armada von Anwälten Verfahren anstrengt wegen Menschenrechtsverletzung. Dabei kosten genau diese jungen Männer unseren Staat und den kommunalen Behörden neben Wahnsinnssummen besonders viel Nerven, Zeit und Aufmerksamkeit. Aber alles kein Thema . . .

Blabla einer "lame duck" bereits vor der Regierungsbildung

Nach einem turbulenten Jahr rief die geschäftsführende Kanzlerin Merkel in ihrer Neujahrsansprache zu mehr Zusammenhalt und Respekt in der Gesellschaft auf und sie versprach ein rasches Ende der Hängepartie bei der Regierungsbildung. Ansonsten Floskel über Floskel, hohle Sprüche am Fließband, aber kein Wort zu dem Mord in Kandel wenige Tage davor, der die Gesellschaft richtig spaltet. Die vom Zerfall bedrohte EU wirkt u.a. in der

Katalonienkrise bestenfalls hilflos. Und die bisherige Lokomotive Deutschland ist gelähmt, die "ewige" Kanzlerin Merkel erweckt den Eindruck einer "lame duck", wie US-Präsidenten am Ende ihrer 2. Wahlperiode bezeichnet werden, wenn sie real kaum noch handlungsfähig sind. Genau den Eindruck erweckte ex-Mutti Merkel auch mit ihrer Neujahrsansprache.

